

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 wird über die FES-Veranstaltung "**Albtraum Atommüll**" berichtet. Außerdem geht es hier um die Streichung des "**Goldenen Plans Ost**".

Im Kommentar von Rolf Schwanitz auf Seite 2 wird der **kleine CDU-Parteitag zum Aufbau Ost** thematisiert.

Seite 3 ist ganz der Erinnerung an die **ersten freien Volkskammerwahlen vor 20 Jahren in der DDR** gewidmet.

Auf der letzten Seite feiert die **ökologische Energiepolitik von rot-grün in Form des vor zehn Jahren beschlossenen EEG** Erfolge. Und die **frechen Strolche** beschäftigen sich mit den **Osterüberraschungen für Bundestagsabgeordnete**.

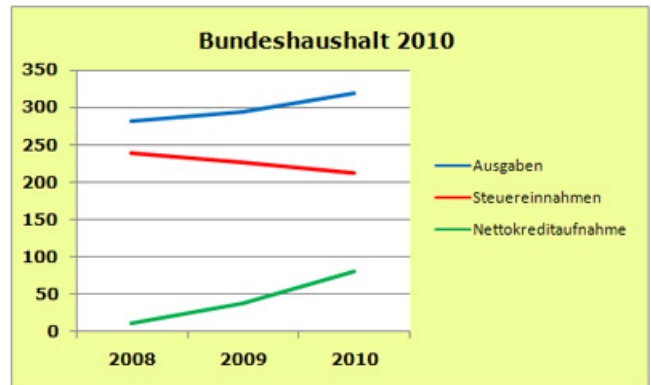
Kurz gemeldet

Nein zur Kopfpauschale!

Schwarz-gelb plant den radikalen Umbau unseres Gesundheitswesens. Die Beiträge an die Krankenversicherung sollen sich künftig nicht mehr nach dem Einkommen richten. Alle bezahlen das Gleiche und ein solidarischer Ausgleich zwischen den Versicherten findet nicht mehr statt. Die SPD hat dazu eine Petitionseite eingerichtet, auf der "Nein zur Kopfpauschale" gesagt werden kann: <http://www.spd.de/petition/kopfpauschale/>

Bundeshaushalt 2010 verabschiedet

Die Debatten im Bundestag standen in der vergangenen Woche ganz im Zeichen der abschließenden Beratung des Bundeshaushalts 2010. Dabei hat die schwarz-gelbe Koalition die Strukturen des Haushaltes gravierend verschlechtert. Zum einen sind die Investitionen um 400 Millionen Euro gekürzt worden, was mit Kofinanzierungen und Drittmitteln einen Nachfrageausfall von rund 1 Milliarde Euro in diesem wirtschaftlichen Schlüsselbereich bedeutet. Zum anderen sind die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsgesetz pauschal um etwa 4 Milliarden Euro gekürzt worden. Dadurch können entsprechend längerfristig angelegte Aufträge nicht im vollen Umfang vergeben und in Einzelfällen sogar große Projekte durch die unsinnige pauschale Kürzung völlig blockiert werden, weil sie nicht mehr durchfinanziert sind. Als besonders skandalös bezeichnete der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz die Haushaltssperre von 900 Millionen Euro für die Arbeitslosen, die durch Fortbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen gerade versuchen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Die Sperre wirkt faktisch wie eine Kürzung, wenn sie nicht bis spätestens Ende April aufgehoben wird. Die SPD wird deshalb einer Grundgesetzänderung für die Organisationsreform der ARGE'N (SGB II) nur zustimmen, wenn die Sperre von 900 Millionen Euro bei der Arbeitsmarktpolitik aufgehoben wird. Für Rolf Schwanitz ebenso skandalös ist die Weigerung der Koalition, über die Sparpläne ab 2011 zu reden. Dann müssen Jahr für Jahr 10 bis 15 Milliarden Euro eingespart werden, um die Regelung der Schuldenbremse und die Vorgaben des Europäischen Stabilitätspaktes einzuhalten sowie die steigenden Zinsausgaben finanzieren zu können. "Schon jetzt steuert Schwarz-Gelb mit 80,2 Milliarden Euro auf eine Rekordneuverschuldung zu. Noch niemals, seit es die Bundesrepublik gibt, hatte eine Regierung eine solche Schuldenlast zu verantworten", kritisierte Schwanitz.



CDU, CSU und FDP treiben die Verschuldung des Bundes auf neue Rekordmarken (Angaben in Mrd. Euro)

Mehr Krempel als Kunst



Rolf Schwanitz bei der Debatte zum Einzelplan 10 am 18. März 2010

Bei der Debatte über den Landwirtschaftsetat erläuterte Rolf Schwanitz für die SPD, der Etatansatz sei nicht wie von CDU-Haushälter Norbert Barthle am Dienstag behauptet, ein "Gesamtkunstwerk". Ihm falle vielmehr die TV-Sendung "Kunst und Krempel" im Bayerischen Rundfunk ein, wobei es sich weniger um Kunst, sondern mehr um Krempel handle. Er kritisierte, der Haushalt lasse ein klares Zukunftskonzept für Verbraucherpolitik vermissen. Zudem wird nach seiner Auffassung an falscher Stelle - bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz - gespart. Auch bemängelte er, die Koalition betreibe mit der Kuhschwanzprämie Klientel- statt Strukturpolitik. "Unter dem Deckmantel einer Krisenhilfe wird hier ein gigantisches Klientelprogramm organisiert", sagte Schwanitz wörtlich. Mit dem Grünlandmilchprogramm wird vor allem den Bauern in Bayern geholfen, echte Strukturpolitik fehlt.

Albtraum Atommüll

Wären Sie bereit, 1,50 Euro für eine Kilowattstunde Strom zu bezahlen? Dies ist der reelle Preis für Atomstrom, wenn man alle Kosten für die Entsorgung des atomaren Mülls einkalkulieren würde. Dabei sind die finanziellen Belastungen das weitaus geringste Problem. Denn die Frage der sicheren Endlagerung ist nach wie vor ungelöst. Und auch die Produktion des Atomstroms birgt erhebliche Risiken für Menschen und Umwelt. Dies verdeutlichte mit teils erschütternden Tatsachen der Dokumentarfilm: "Albtraum Atommüll", der im Mittelpunkt einer FES-Veranstaltung Anfang März in Plauen stand. Nach der Filmvorführung bestand für die rund 40 Gäste die Möglichkeit zur Diskussion. Als Ge-

sprächspartner standen dafür Rolf Schwanitz und der Umweltpolitiker Klaus-Peter Dehde aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg, zu dem die Gemeinde Gorleben gehört, zur Verfügung. Dabei ging es unter anderem um den Ausstieg aus dem Atomausstieg, den die derzeitige Bundesregierung plant, um die Kürzung der Förderung regenerativer Energien und um die Forderung nach breiter Beteiligung der Öffentlichkeit bei Entscheidungen zu Gunsten der Kraftwerksbetreiber. Die Besorgnis der Anwesenden kam aber auch in



Diskussion zum Film **Albtraum Atommüll**

der Frage zum Ausdruck, wie man sich gegen Terroranschläge auf atomare Anlagen sichern könne. All diese Risiken sind unkontrollierbar. Obendrein, so Rolf Schwanitz, verbaut Atomstrom den Weg in eine neue Energieära, da durch dessen Einspeisung in die Netze kein Raum für eine Erhöhung des Anteils an regenerativem Strom bleibt.

Regierungskoalition streicht "Goldenen Plan Ost"

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat bei den Beratungen zum Bundeshaushalt den "Goldenen Plan Ost" ersatzlos gestrichen. Damit fällt die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Neubau, Erweiterung und Umbau von Sportstätten des Breitensportes in den neuen Ländern zukünftig völlig weg. "Bundesinnenminister de Maizière, der auch Ostbeauftragter der Bundesregierung ist, hat Mitschuld

an dieser Rotstiftaktion. Denn er hat sich bei der ersten Beratung im Haushaltsausschuss nicht für den 'Goldenen Plan Ost' eingesetzt, sondern diesen eher für entbehrlich gehalten. Das haben die Abgeordneten von CDU, CSU und FDP aufgegriffen und jetzt umgesetzt. Ein solches Verhalten eines Ostbeauftragten habe ich noch nicht erlebt", sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz, der das Amt

selbst von 1998 bis 2002 inne hatte. Die SPD-geführte Bundesregierung hatte das Sportstättenförderprogramm "Goldener Plan Ost" im Jahr 1999 ins Leben gerufen, um

die Sportstätteninfrastruktur für den Breitensport in den neuen Ländern zu fördern. Der Bund stellte über den "Goldenen Plan Ost" bisher insgesamt 71 Millionen Euro zur Verfügung. Durch die weiteren Finanzierungsanteile von Ländern, Kommunen und Vereinen wurden Gesamtinvestitionen von rund 370 Millionen Euro für die Modernisierung von 519 Sportplätzen, Sporthallen und Schwimmbädern ausgelöst. Viele ostdeutsche Sportvereine und Kommunen werden die Auswirkungen dieser Streichung in den nächsten Jahren bitter zu spüren bekommen. Statt weiter Investitionen anzustoßen und den sportbegeisterten Menschen moderne Sportanlagen zur Verfügung zu stellen, versenkt die schwarz-gelbe Regierungskoalition ein erfolgreiches Programm und gefährdet die Sportentwicklung in den neuen Ländern.

Kurz kommentiert

Glaubwürdigkeit von de Maizière verspielt

Der kleine CDU-Parteitag zum Aufbau Ost war eine Enttäuschung auf der ganzen Linie. Und das gilt nicht zuletzt auch wegen des neuen Beauftragten im schwarz-gelben Kabinett, Bundesminister Thomas de Maizière. Er stellte am Montag einen CDU-Leitantrag vor, der sich mit zehn dürren Punkten anmaßt, "die deutsche Einheit wirtschaftlich, aber auch gesellschaftspolitisch zu vollenden". Nur selten sind Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinandergefallen. Es hat sich auch gezeigt, dass die CDU beim Thema Ost weder eine fundierte Analyse geschweige denn neue Lösungsvorschläge hat. Ärgerlich ist vor allem: Es war gerade einmal drei Tage her, als die schwarz-gelbe Koalition beim Haushalt eine 10prozentige Kürzung über alle großen Ausgabeermächtigungen verhängt hatte. Davon sind auch alle für den Aufbau Ost zentralen Förderprogramme betroffen. Das hielt die Union nicht davon ab, am Montag darauf ein flammendes Bekenntnis zum Solidaripakt zu verkünden. Wann waren Wort und Tat in einem so kurzen Zeitraum derart weit voneinander entfernt? De Maizière hat dies alles abgenickt und vorgetragen – er hat seine Glaubwürdigkeit verspielt.

Rolf Schwanitz



Auch die Plauener Kurt-Helbig-Sporthalle profitierte vom Goldenen Plan Ost

Volkskammerwahl am 18. März 1990 – Sieg der Demokratie



Rede von Rolf Schwanitz bei der Volkskammersitzung am 8.8.1990

Mehr als 40 Jahre hatte es in der DDR gedauert, bis das erste Mal die Volkskammer frei gewählt werden konnte. Die Bürger hatten erstmals eine echte Auswahl zwischen Parteien und Kandidaten. Das ist der größte Wert dieser Volkskammerwahl – es war ein Sieg der Menschen in der DDR, die mit der friedlichen Revolution im Herbst 1989 das SED-Regime gestürzt und den Weg zu freien Wahlen eröffnet hatten. Diese Wahlen waren ein Höhepunkt der friedlichen Revolution in der DDR – die errungene Freiheit der Menschen in der DDR hatte nun einen politischen Gestaltungsraum, eine wirkliche "Volkskammer". Die parlamentarische Demokratie bestimmte die letzten Monate der DDR. Freie Wahlen waren das Ergebnis der errungenen Freiheit. Auch wenn die Träger der friedlichen Revolution nicht den historischen Lohn bei der Wahl erhielten. Die "alte" Volkskammer war ein Repräsentationsgremium, das die vom SED-Politbüro vorbereiteten Entscheidungen nur noch abzunicken hatte. Damit war es nun vorbei. Die neuen Abgeordneten standen vor großen Herausforderungen: über Nacht mussten sie die parlamentarische Demokratie nicht nur erlernen, sondern sofort umsetzen. Die neue Regierung musste kontrolliert, die gesellschaftlichen Verhältnisse

umgestaltet und der Weg zur staatlichen Einheit mit der Bundesrepublik vorbereitet werden. Eine immense historische Aufgabe stand vor den Abgeordneten: wenige Monate lang wurde ein Staat demokratisch geführt und gleichzei-

tig daran gearbeitet, ihn im Zuge der Herstellung der Deutschen Einheit aufzulösen. Zwei völlig gegensätzliche Wirtschaftssysteme mussten verschmelzen, komplizierte Rechtsfragen geklärt werden. Eine solche Aufgabe war einzigartig in der Geschichte des Parlamentarismus. Die Abgeordneten der ersten und letzten frei gewählten Volkskammer haben sich parteienübergreifend dieser wahrlich "historischen Mission" gestellt. Die demokratische Volkskammer definierte den Staat DDR in seinen letzten Zügen neu und beschloss als neuen Verfassungsgrundsatz die DDR als freiheitlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Rechtsstaat. Damit und mit den Gesetzen zur Bildung der Länder und zur Deutschen Einheit wurden die Grundlagen für die Wiedervereinigung geschaffen. Ein Erfolg der frei gewählten Volkskammer ist es auch, dass kein Schlussstrich unter die Geschichte zugelassen wurde. Durch

Entscheidungen der Volkskammer wurde gesichert, dass die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, das die Menschen in der DDR über Jahrzehnte bespitzelt und drangsaliert hatte, nicht verschwanden, sondern geöffnet wurden. Unrecht in der DDR konnte damit nicht unter den Tisch gekehrt, sondern sollte erforscht werden und der politischen Bildung zur Verfügung stehen. Die erste freie Volkskammerwahl war ein entscheidender Schritt in der friedlichen Revolution von der Freiheit zur Einheit. Mit der Auflösung der ersten freien Volkskammer und der Schaffung der Deutschen Einheit übernahm der Deutsche Bundestag als gesamtdeutsches Parlament das historische Vermächtnis der Volkskammer. Noch heute gibt es politische Fragen zu klären, die mit der Herstellung der Deutschen Einheit zusammenhängen und die das Zusammenwachsen zwischen Ost und West befördern können. Für die SPD bleibt es politisches Ziel und historische Aufgabe, für die Menschen in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.



Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Steinmeier und die damals für die SPD gewählten Volkskammerabgeordneten und heutigen SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim Hacker, Wolfgang Thierse und Rolf Schwanitz am 18. März 2010

Kurz gemeldet

Volkskammer-Mediathek freigeschaltet

Anlässlich der Volkskammerwahl vor 20 Jahren hat der Bundestag am 18. März 2010 im Anschluss an eine Feierstunde auf seiner Internetseite den Online-Zugang zu einer Volkskammer-Mediathek freigegeben (www.bundestag.de/volkskammer). Innerhalb der Mediathek können die Nutzer auf umfangreiches Video- und Tonmaterial der Volkskammersitzungen zurückgreifen. Zu finden sind dort auch die Reden von Rolf Schwanitz, der damals der ersten freigewählten Volkskammer angehörte. Die Videomitschnitte sind jeweils mit den Sitzungsprotokollen verknüpft. Ermöglicht wurde dies durch das Deutsche Rundfunkarchiv in Potsdam-Babelsberg. Auch alle Dokumente der Volkskammer sind in digitalisierter Form zugänglich. In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Historische Sozialforschung der Universität Köln wurde des Weiteren eine Datenbank mit den biografischen Selbstangaben aller 409 Abgeordneten erarbeitet.

Nur noch Grundversorgung in der Krankenversicherung

Wie das Handelsblatt in seiner Ausgabe vom 22. März meldete, sagte der Chef der CDU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Josef Schlarmann, zu den von der Bundesregierung erwogenen Kürzungen: "Beispielsweise müsste in einer Gesundheitsstrukturreform der Katalog der gesetzlichen Leistungen auf eine Grundversorgung zurückgeführt werden. Versicherungsfremde Leistungen wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall dürfen nicht länger über Beiträge finanziert werden."

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-2277937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

29.3.2010, 9 Uhr, Gespräch
bei der ARGE Plauen

29.3.2010, 10 Uhr, Ge-
spräch bei der ARGE Vogt-
land

29.3.2010, 13 Uhr, Initia-
tivkreis der BA-Plauen

30.3.2010, 15 Uhr, 20 Jah-
re Tierschutzverein Plauen

19.4.2010, 17 Uhr, Ge-
spräch mit dem Vorstand
der Naturfreunde in Berlin

19.4.2010, 19 Uhr, Landes-
gruppe Ost in Berlin

20.4.2010, 10 Uhr, SPD-
Arbeitsgruppe Haushalt

20.4.2010, 15 Uhr, SPD-
Bundestagsfraktion

21.4.2010, 17 Uhr, Ge-
spräch mit Arbeitsagentur
Sachsen in Berlin

Die nächsten Bürger- sprechstunden:

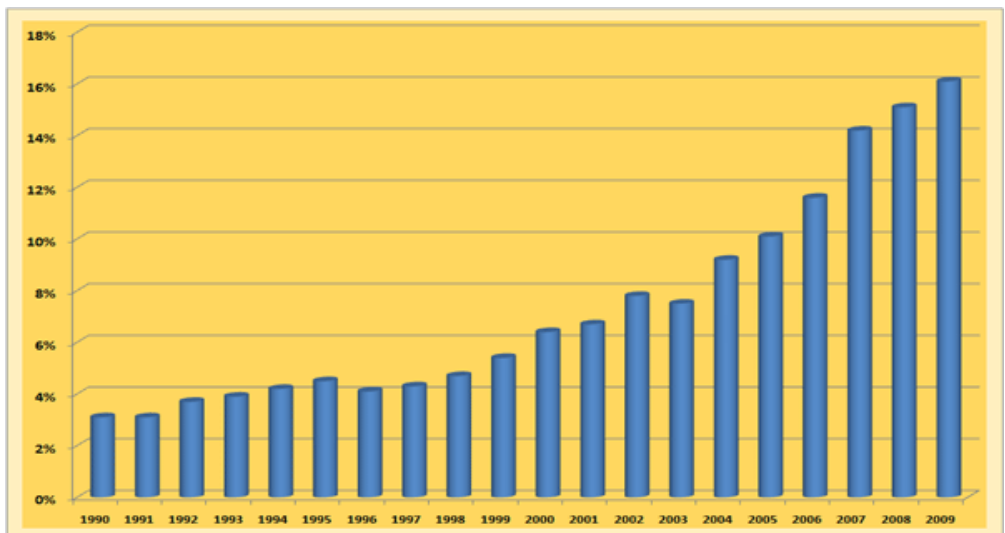
Zur Zeit finden die Sprech-
stunden von Rolf Schwa-
nitz nur nach individueller
Terminvereinbarung statt.
Anmeldungen können tele-
fonisch oder auf der Ho-
mepage von Rolf Schwa-
nitz vorgenommen wer-
den.

Zehn Jahre EEG - Zehn Jahre ökologi- sche Energiepolitik

Der Deutsche Bundestag debattierte Ende Februar auf Antrag der SPD über die Energiepolitik. Anlass war das vor zehn Jahren - am 25. Februar 2000 - von der damaligen rot-grünen Bundestagsmehrheit beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Rolf Schwanitz wies auf den bahnbrechenden Erfolg dieses Gesetzes hin und erklärte: "Der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Stromerzeugung konnte innerhalb der vergangenen 10 Jahre deutschlandweit mehr als verdoppelt werden und liegt nun bei 16 Prozent. Das ist ein großer Erfolg, den damals wenige für möglich hielten." In Deutschland hat sich in den vergangenen 10 Jahren durch positive Investitionsbedingungen eine leistungsfähige Industrie der Erneuerbaren Energien etabliert, die im Jahr 2008 im Inland Umsätze von rund 29 Milliarden Euro erzielte, wovon 13 Milliarden Euro an Investitionen in die Errichtung neuer Anlagen zurückflossen. Das Ex-

portvolumen wuchs zwischen 2000 und 2008 von 0,5 Milliarden auf zwölf Milliarden Euro. Im Jahr 2008 zählte die Branche fast 280.000 Beschäftigte und hat sich damit als wahrer Jobmotor erwiesen. Experten schätzen, dass bis zum Jahr 2020 bis zu 500.000 Beschäftigte möglich sind. Zahlreiche Fördergesetze anderer Staaten orientieren sich inzwischen am deutschen Modell. So dient das EEG heute 47 Staaten als Vorbild für ihr eigenes Einspeisevergütungssystem. All diese Erfolge wurden damals von der SPD und ihrem Koalitionspartner gegen den massiven Widerstand von Schwarz-Gelb durchgesetzt. Schwanitz forderte die Bundesregierung auf, diese Politik fortzusetzen und sagte: "Wir brauchen eine weitere Modernisierung der Energieversorgung und eine energiepolitische Strategie, mit der die CO₂-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent verringert werden können."

Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Deutschland



Freche Strolche



He Maxe, wo willstn hi mit
de großen Ostereier?

Eh Moritz, halt mi net auf.
Da sein mei Osterüberra-
schungen für unner Bun-
destagsabgeordneten drin.

Na da wern se sich awer
frein. Was krieschn die
denn für Ostergeschenke
von dir Maxe?

Na der Günther krischt en
Kalender von 1990. Da kan-
ner endlich emal selwer
nachschaun, ob er in der
Volkskammer war oder was
er sonst so getriebe haat.

Un der Hochbaum, Maxe?

Der krischt e Paar eeschne
Holzschuh un ne Schüssel
für sei Grützebrei, damit er
bis zum nächsten Bauern-
markt sei Tanz noch e bissl
übe kaa.

Hast e ooch was fürn
Schwanitz, Maxe?

Klar Moritz: Der krischt e
Stück Schweizer Käse.

Was solln der mit dem Käse
Maxe?

Na der is doch im Haus-
haltsausschuss, Moritz. Da
kann er scho beim Oster-
frühstück üben un die vie-
len Löcher zählen.